

13. MAI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/89

Bonn, den 11. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2a

133

Hemmungslose Bodenspekulation - Krebschaden unserer Zeit

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Regierungsdirektor Scharnberg, Hamburg

3

"Nicht im Mittelpunkt"

24

Deutschland und die NATO-Tagung in London

3

Selbstlob

24

Erhard wirbt mit Steuergeldern

4

"Deutsche Politik" 1964

44

Was sich der Bundesinnenminister darunter vorstellt

Von Dr. Paul Kübler, MdB

5 - 6

Europarat erlebt neuen Aufschwung

100

Zur Frühjahrstagung der Beratenden Versammlung in Straßburg

Von Egon C. Heinrich

Hemmungslose Bodenspekulation - Krebschaden unserer Zeit

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongress der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Regierungsdirektor Scharnberg, Hamburg

In der Fachliteratur und bei den Kommunen häufen sich die Klagen darüber, daß ein guter Städtebau durch das unnötig komplizierte Bundesbaugesetz und die starren Baunutzungsvorschriften sehr erschwert wird. Wer in einer Gemeindevertretung mitwirkt, weiß aus eigener Erfahrung, wie oft wegen Rechts- oder Grunderwerbsschwierigkeiten eine städtebaulich drittklassige Lösung gewählt oder ganz auf sie verzichtet werden muß.

Auf dem Wohnungs- und Städtebaukongress der SPD am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen soll umfassend und konkret dargelegt werden, welche Mißstände bei Raumordnung, Stadtplanung, Baulandbeschaffung, Erschließung, Verkehr, Wohnungsversorgung, Sanierung usw. hemmend wirken und was eine sozialdemokratische Regierung hiergegen unternehmen wird.

Bodenrecht reformbedürftig

Hauptsächlich bedarf es einer Reform des Bodenrechts. Das Versagen der Bundesregierung auf diesem Gebiet beeinträchtigt den Städtebau und insbesondere die Wohnversorgung am meisten. Die derzeitigen Regierungsparteien haben sich als unfähig erwiesen, das Kernproblem der Baulandbeschaffung zu lösen. Bisher sind keine geeigneten Maßnahmen ergriffen worden, um ein auch nur annähernd genügendes Angebot an Bauland sicherzustellen. Daher sind die Bodenpreise in einem außergewöhnlichen Maße immer weiter gestiegen. Sie erschweren jede moderne, großzügige Planung - beispielsweise für den wachsenden Verkehr - durch kaum noch vertretbare Verteuerungen und belasten den Wohnungsbau - sowohl für Eigenheimer als auch für Mieter - in einer auf die Dauer unerträglichen Höhe. Eine organische städtebauliche Entwicklung der Gemeinden und eine vernünftige Raumordnung sind weithin unmöglich geworden. Zum Beispiel nötigt der Baulandmangel bei großen Wohnungsbauvorhaben und Industrieansiedlungen nicht selten zu städtebaulich, erschließungsrechnerisch und lufthygienisch wenig befriedigenden Lösungen.

Untätige Bundesregierung

Trotz dieser nicht zu bestreitenden Mißstände bleibt die Bundesregierung untätig. Sie entzieht sich insoweit ihren sozialstaatlichen Verpflichtungen aus dem Grundgesetz und vertraut auf die Regulierung von Angebot und Nachfrage durch den Markt, die hier nicht funktionieren k a n n .

- * Tatsächlich ist der Städtebau der Bodenspekulation preisgegeben worden: Aus der propagandistisch aufgelegten Bereitstellung entbehrlich gewordener Grundstücke der öffentlichen Hand
- * sind im ganzen Bundesgebiet noch nicht einmal 600 ha herausgekommen. Daß die bequem abzuwälzende Baulandsteuer kein Heilmittel war, hat der Bundestag inzwischen bestätigt.

Die unverbindliche Schätzung von Grundstückswerten durch besondere Gutachterausschüsse sowie das Zusammentragen von Kaufpreissammlungen, Richtwerten und Übersichten stellen ebenfalls aufwendige, praktisch jedoch nutzlose Verwaltungstätigkeiten dar. Nachdem sich ergeben hat, daß sie den Bodenmarkt nicht nennenswert beeinflussen können, wird eine sozialdemokratische Regierung die Gemeinden von diesen Belastungen befreien.

Daß von der gegenwärtigen Bundesregierung auch in Zukunft keine durchgreifenden Maßnahmen zur Baulandbeschaffung zu erhoffen wären, hat sich in der Berliner Sitzung des Bundestages deutlich gezeigt. Auf zahlreiche besorgte Nachfragen wegen der zunehmenden Bodenspekulationen wurden die Abgeordneten damit vertröstet, daß die beabsichtigte Aktivierung der Raumordnung und der jetzt erst eingebrachte Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes künftig ungewöhnliche Preissteigerungen für Grund und Boden verhindern würden. Dies kann kein Marktkundiger ernstlich erwarten!

Die Stellungnahme der Bundesregierung enthält unverkennbar das Eingeständnis, daß ihre vielen bisherigen Verlautbarungen über die Brauchbarkeit des Bundesbaugesetzes zur Baulandbeschaffung nicht zutreffen. Trotzdem erklärte der zuständige Staatssekretär wiederum, die Gemeinden brauchten nur rechtzeitig Pläne aufzustellen, mehr Bauland auszuweisen und zu erschließen.

Spekulanten profitieren

Bei den Angesprochenen Gemeindeorganen kann dieses Rezept nichts anderes als Kopfschütteln und Bitterkeit auslösen. Praktisch wird ja schon auf den künftigen Verkehrswert abgestellt, noch bevor der Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden ist. Dann lassen sich z.B. preiswerte und große Wohnungen auf dem künstlich - nämlich allein nach dem geltenden Bodenrecht - verteuerten Gelände kaum noch errichten.

- * Fast jede Wertsteigerung durch Baulandausweisungen fließt
- * heute in die Taschen von Spekulanten, während der Hausbesitz
- * in mancher Hinsicht schlecht behandelt wird. Andererseits
- * muß der Steuerzahler nach dem Bundesbaugesetz auch
- * rein fiktive Wertminderungen entschädigen, wenn bei Änderungen
- * in der Stadtplanung beispielsweise ein Grundstück
- * herabgezont wird, das tatsächlich immer nur als Wiese genutzt
- * worden ist. Zum Teil sind Renten auf unbegrenzte Zeit
- * zu zahlen, ohne daß die Gemeinde das betroffene Grundstück
- * übernehmen kann.

Unter solchen rechtlichen Gegebenheiten übersteigen die Grunderwerbs-, Entschädigungs- und Erschließungskosten vielfach die Finanzkraft der Gemeinden. Die Bundesregierung hat ihnen zu allen anderen dringlichen Kommunalaufgaben im Städtebau beinahe sämtliche in Betracht kommenden Lasten aufgebürdet, aber keine ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt. Selbst dann, wenn das Geld da ist, fehlt es oft an Möglichkeiten für eine zügige Durchsetzung.

Für sachgerechte Entschädigung

Eine sozialdemokratische Regierung wird hier rechtlich und zugleich finanziell Wandel schaffen. Sie wird dafür sorgen, daß die Bodenspekulation nicht länger beherrschend bleibt und daß die in Artikel 14 des Grundgesetzes vorgeschriebene Sozialbindung im Bodenrecht für den Städtebau mehr Beachtung findet.

Um diesem Verfassungsgrundsatz Geltung zu verschaffen, gibt es viele Möglichkeiten, die alle der normalen Bundesgesetzgebung offenstehen. Das Grundgesetz verpflichtet uns durchaus nicht, an den verfehlten Verkehrswert- und Ersatzlandtheorien des Bundesbaugesetzes festzuhalten. Erforderlich sind allerdings sachgerechte Entschädigungen nach Maßgabe der tatsächlichen Grundstücksnutzungen ohne Anerkennung bloßer Spekulationen auf künftige Verwertungsmöglichkeiten.

Dabei ist es für alle Beteiligten besser, konkret zu bestimmen, was und wie jeweils entschädigt werden muß. Länder, Gemeinden und Sachverständige haben zahlreiche Vorschläge für eine konsequente Abschöpfung der sogenannten Planungsmehrwerte unterbreitet, die ohne irgendeine Aufwendung seitens der Grundeigentümer allein durch Umplanungen entstehen.

Spreu von Weizen trennen !

Eine sozialdemokratische Regierung wird hier die Spreu vom Weizen zu scheiden haben, aber auch neue Wege beschreiten müssen. Niemand wäre geschädigt und kein besonderer Verwaltungsaufwand nötig, wenn wir bisherige Wiesen nicht mehr schlechthin für eine viergeschossige Wohnhausbebauung, sondern speziell für Wohnungen der fehlenden Art und Preislage vorsähen. Gleichzeitig würde damit ein gerechter Ausgleich der Interessen herbeigeführt: Die Bodenpreise würden angemessen, aber nicht maßlos steigen und die heute zurückgesetzten Personengruppen - insbesondere Alte, Jungverheiratete, Kinderreiche, Minderbemittelte und Studenten - kämen endlich auch zu befriedigender Wohnräumen. Weiterhin ist an ausreichende Vorkauf- und Ankaufsmöglichkeiten für die Gemeinden unter allseits tragbaren Bedingungen und entsprechende Übernahmeverpflichtungen zugunsten benachteiligter Grundeigentümer zu denken.

Es geht nicht an, daß für die Allgemeinheit bedeutende Verhaben infolge umständlicher Verfahrensregelungen durch einen einzigen Querkopf jahrelang verzögert werden können, auch wenn ihm angemessene Entschädigung geboten wird. Die im Bundesbaugesetz vorgesehenen Bestimmungen zur Verwirklichung der in Bebauungsplätzen ausgewiesenen Wohnungen und Arbeitsstätten sowie zur Ersatzlandbeschaffung haben sich als unpraktikabel erwiesen. Bei Straßenverbreiterungen und in ähnlichen Fällen ist eine gleichmäßige Entschädigung aller Betroffenen nicht gewährleistet.

Eine sozialdemokratische Regierung wird bei uneingeschränktem Eigentumsschutz auch insoweit weniger komplizierte, aber wirkungsvollere Möglichkeiten zur rechtzeitigen Baulandbeschaffung vorsehen. Dies gilt insbesondere für Besitzeinweisungen und Zonenenteignungen.

"Nicht im Mittelpunkt"

Deutschland und die NATO-Tagung in London

sp - Es gab Zeiten, da war das Deutschlandproblem mit seinen vielen Aspekten politischer und militärischer Natur der Mittelpunkt von NATO-Konferenzen. Das hat sich gewaltig geändert. Nicht etwa, weil die Lösung des Deutschlandproblems weniger brennend geworden wäre, sondern weil es heute eine Fülle von anderen ungelösten Problemen gibt, die direkt oder indirekt die Partner des NATO-Bündnisses berühren. Diese anderen ungelösten Probleme alle zu nennen, erübrigt sich; unsere Zeitungen bringen jeden Tag die entsprechenden Stichworte in ihren Schlagzeilen. So wird wohl während der Mai-Tagung des NATO-Rates in London die Deutschlandfrage zwar Erwähnung finden, im Mittelpunkt jedoch dürften Beratungen über die akuten Krisenherde in der Welt stehen, an deren Beseitigung natürlich auch die Bundesrepublik interessiert ist - Man könnte versucht sein, diese Schwerpunktverlagerung bei den Diskussionen der Londoner Tagung als mangelndes Interesse für Deutschlands Schicksal zu werten. Damit würden wir aber unserer Sache keinen guten Dienst erweisen. Vielmehr sollten wir darüber nachdenken, was unsere Verbündeten außer den sie selbst bedrängenden Sorgen veranlassen mag, das ungelöste Deutschlandproblem heute mehr am Rande zu sehen. Sicher würden wir hierbei entdecken, daß die Regierungen mehrerer mit der Bundesrepublik verbündeten Staaten heute m e h r von uns erwarten, als die ständige Bitte, sie sollten doch an unsere Sorgen denken. Vielleicht gibt deshalb gerade die Londoner NATO-Tagung Veranlassung, unser bisheriges Verhalten zu überprüfen und dazu Überzugehen, neue Gedanken zur Diskussion über das Schicksal Deutschlands zu entwickeln.

Selbstlob

Erhard wirbt mit Steuergeldern

sp - Bundeskanzler Erhard sorgte in diesen Tagen für eine peinliche, ihm freilich kennzeichnende, Überraschung. Er läßt eine aus Steuergeldern finanzierte, fünf bis sechs Wochen andauernde Anzeigenaktion laufen, triefend voller Selbstlob und Schönfärberei. Dem Koalitionspartner, den Freien Demokraten, ist Ähnliches zu tun untersagt. Wie schlecht muß Erhard die Aussichten seiner Partei für die im September fälligen Bundestagswahlen beurteilen, wenn er auf solche unfairen Tricks verfällt und sich selbst beweihräuchert? Ihm habe das deutsche Volk den "Wohlstand für alle" zu verdanken, der Lebensstandard werde weiter steigen und die DM stabil bleiben, "wenn Sie sich selbst und mir vertrauen", der Arbeiter könne sich doppelt soviel leisten als vor zehn Jahren. - Doch genug davon, noch Schlimmeres steht wohl noch bevor. Und dies aus den Taschen des Steuerzahlers finanziert. Ohne ihn, so läßt sich der wahrhaft nicht gerade maßvolle Mann vernehmen, und das ist der Tenor der ersten und wohl auch der künftigen Anzeigen, wäre die Bundesrepublik in Schutt und Trümmern steckengeblieben, würde die Bevölkerung noch weiterhungern, gäbe es keinen Wiederaufstieg, würden die Arbeitnehmer ein Elendsdasein fristen, hätten wir die Inflation. Glaubt Erhard, das deutsche Volk, seinen Fleiß und seine Tüchtigkeit durch solche Kätschen verhöhn zu dürfen? Diese Selbstrükliame kommt einem Kanzler schlecht an, der von Tag zu Tag mehr seine Unfähigkeit beweist, eine Regierung führen zu können und der nicht den Mut hat, sich in öffentlicher Diskussion vor dem Fernsehen dem Bewerber um das Kanzleramt, Willy Brandt, zu stellen.

"Deutsche Politik" 1964

Was sich der Bundesinnenminister darunter vorstellt

Von Dr. Paul Kübler, MdB

Der alljährlich von der Bundesregierung vorgelegte Erfolgsbericht unter dem gewiß hoffnungsvollen Titel "Deutsche Politik" bietet vor der Wahl eine Mustersammlung frisierter Wahrheiten. So schreibt zum Beispiel der Bundesminister des Innern von "seiner im stillen geleisteten Arbeit", daß auf vier Gebieten Entwicklungen allgemein "als große Fortschritte empfunden worden sind". Er nennt dabei an erster Stelle die Bildungspolitik. Der Fortschritt besteht nach Meinung des Ministers darin, daß der Öffentlichkeit im Jahre 1964 bewußt wurde, "daß unsere Zukunft von der Ausbildung, der Bildung und den Wissenschaften abhängt". Die Erkenntnis also, daß wir in einen Bildungsnotstand hineinschlittern, ist ein politischer Erfolg.

Der zweite "Erfolg" sind die Zulagen im öffentlichen Dienst, der dritte soll die Bestätigung durch Meinungsumfragen sein, "daß sich der Zivilschutzgedanke in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat".

Ähnlich positiv wertet der Minister sein Versagen auf dem Gebiet des Sports. "Die Olympiade und die von ihr ausgelösten Diskussionen haben entscheidend dazu beigetragen, daß der Sporterziehung größere Bedeutung zuerkannt wird als in früheren Jahren. So trägt die Arbeit Früchte, die in den Ministerien still, aber sachkundig und beharrlich getan wird."

Leider ist der Herr Minister nicht still, sondern zählt nun seine Erfolge auf. Es soll anerkannt werden, daß er sich gegen die Erhöhung der Mittel für die Studentenförderung nicht stellte, so daß diese jetzt tatsächlich so hoch sind wie die Entwicklungshilfe für Nigeria. Für die Wissenschaft stehen noch immer nicht die Mittel bereit, die der Wissenschaftsrat für nötig hält. Für neue Universitäten gibt es kein Geld aus dem Bundeshaushalt.

Aber "Erfolge" sind da. Das Gemälde Mater dolorosa von El Greco wurde erworben, zur 1200-Jahr-Feier der Abtei Ottobeuren gastierte ein Orchester aus Amsterdam und die Akten des Erbmarschalls Graf Papenheim wurden für das Archiv gekauft. Nichts gegen diese Taten, sie würden den Oberbürgermeister jeder Stadt ehren, aber...

Besonders peinlich wirkt die Erfolgsmeldung auf dem Gebiet des Sports in dem glänzend ins Positive formulierten Eingeständnis, daß mit den bisherigen Methoden die im Goldenen Plan vor Jahren von der deutschen olympischen Gesellschaft vorgelegten Forderungen nicht zu erfüllen sind. Dafür wirkt aber auf alle Kritiker folgender Satz sicher beruhigend: "Besonders hervorzuheben ist das Segelflugprogramm Ghana." (Entsendung zweier Fluglehrer, darunter Hitlers Meisterfliegerin Hanna Reitsch, und eines Mechanikers)

Der 407 Seiten starke, reich bebilderte Bericht der Bundesregierung ist jedem zu empfehlen, der auf Kosten des Steuerzahlers Reklame und Propaganda studieren will!

Europarat erlebt neuen Aufschwung

Zur Frühjahrstagung der Beratenden Versammlung in Straßburg

Von Egon C. Heinrich

Eine Europa-Institution, der man bereits völlige Bedeutungslosigkeit prophezeit hatte, erlebt zur Zeit einen neuen Aufschwung. Gemeint ist der Straßburger Europarat. Die Frühjahrstagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 3. bis 6. Mai stellte die geistige Dynamik der Organisation eindrucksvoll unter Beweis. Zwar hat der Europarat nur beratende Funktionen, die noch spärlicher sind als jene des Europäischen Parlaments; aber seine Bedeutung geht weit über die einer "Schwatzbude" hinaus. Erinnert sei hier nur an die 60 Expertengruppen, die wichtige internationale Abkommen vorbereiten. Zu den bedeutendsten vom Europarat ausgearbeiteten Abkommen gehören die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die europäische Sozialcharta und das europäische Niederlassungsabkommen.

Dem Europarat gehören jetzt 18 Staaten an, nachdem soeben das unabhängig gewordene Malta aufgenommen wurde. Die Beratende Versammlung mit ihren 147 Abgeordneten aus allen Mitgliedstaaten ist ein Forum zur Diskussion europäischer und atlantischer Probleme. Als Bindeglied zwischen den Ländern von EWG und EFTA ist der Europarat unentbehrlich. Daneben wird die europäische Solidarität mit jenen Ländern gepflegt, die keinem der Blöcke angehören. Das sind Griechenland, die Türkei, Zypern, Island, Irland und Malta.

Hauptaufgabe und Chance sieht der Europarat neben der Einigung Europas in der "Öffnung nach dem Osten". Die Forderung nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa auf wirtschaftlichen, technischen, kulturellem und juristischem Gebiet wurde während der jetzt beendeten Tagung fast von jedem Redner erhoben. Bereits im Dezember 1964 hatte sich die Versammlung mit den Ostbeziehungen befaßt. Diesmal billigten die Parlamentarier einen Bericht des norwegischen Sozialisten Finn Moe und eine Resolution, in der die Mitgliedsregierungen u. a. aufgefordert werden, dem Europarat eine nützlichere Rolle bei den West-Ost-Beziehungen zuzugestehen. Man denkt vor allem daran, daß sich die Ostblockländer früher oder später an den technischen Beratungen und Abkommen des Europarats beteiligen. Erste Schritte in dieser Richtung sind schon gemacht worden. Der Europarat stellt geradezu den idealen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas dar. Im Ausschluß für die nicht vertretenen Nationen der Beratenden Versammlung werden die Ostfragen besonders intensiv behandelt.

Politisch-parlamentarischer Höhepunkt der Maitagung war ein Kolloquium über die atlantische Politik zwischen der Beratenden Versammlung und sieben prominenten Mitgliedern des US-Kongresses. Die amerikanische Delegation stand unter Leitung des Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses, des demokratischen Senators William Fulbright. In Straßburg sprach man von einem historischen Treffen im Sinne des ermordeten John F. Kennedy. Die transatlantische Diskussion wurde offen und frei geführt, wie dies unter Freunden üblich sein sollte. Die Europa-Parlamentarier sparten nicht mit Kritik an der US-Politik in Vietnam und San Domingo, während die Amerikaner de Gaulles Politik bedauerten. Fulbright setzte sich besonders mit dem de Gaulle'schen Schlagwort einer